

# Unmenschlicher Umgang

In Mitte und speziell Moabit rumort es. Am 9. Januar hat Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel mal wieder ein Obdachlosencamp räumen lassen, das sich unter einer Brücke der Straße Alt-Moabit befand. Dort haben sie niemanden gestört, außer vielleicht der "öffentlichen Meinung". Angeblich hätten sich Nachbarn beschwert, was an dieser Stelle unmöglich ist – hier wohnen nebenan gar keine Menschen.

Und wenn es trotzdem so wäre, was soll das dann? Diejenigen, die hier lebten, hatten vermutlich nichts anderes als das: Einen Platz unter einer Brücke, einen Einkaufswagen mit ihrer Kleidung, sowie ein paar andere, die in der gleichen Situation sind. Als Obdachlose/r nicht allein zu sein, ist sehr wichtig, es ist ein Schutz gegen diejenigen, die meinen, es handele es sich um unwertes Leben, dass man beleidigt und angreifen darf.

Dassel hat sie angegriffen, dadurch, dass das Ordnungsamt Mitte diesen Menschen ihr bisschen Zuhause zerstört hat. Ihr Hab und Gut wurde von der BSR in einen Müllcontainer geworfen, sie wurden weggetrieben, eine Frau sogar festgenommen, weil sie sich lautstark gewehrt hat. Die Polizei stülpte ihr sogar eine Tüte über den Kopf.

Dassel argumentiert danach, dass man den Opfern die Räumung ja vorher angekündigt hätte, als wenn es das besser machen würde. Man hätte ihnen auch Alternativen angeboten, die sie aber nicht angenommen haben. Dabei unterschlägt er jedoch, dass diese "Alternativen" für viele gar keine sind! Denn diese Angebote bestehen darin, in Notunterkünfte zu gehen. Dort jedoch werden die Menschen oft bestohlen, sie dürfen ihre Hunde nicht mit rein nehmen und keinen Alkohol konsumieren. Da viele von ihnen aber alkoholkrank sind, bleibt ihnen gar nichts anderes übrig. Aus eigener Kraft werden die meisten nicht davon wegkommen. Sie deshalb aus der Notübernachtung auszuschließen, bedeutet also, sie ihrem Schicksal zu überlassen. Dann soll man das aber deutlich sagen, dass einem das Leben dieser Menschen scheißegal ist, und nicht so tun, als wäre man ja besorgt. Außerdem ist eine Notübernachtung etwas anderes, als ein Platz, an dem man sich den ganzen Tag aufhalten kann und nicht morgens wieder weg muss.

Ja, ich finde es auch unangenehm, wenn ich die schmutzigen Schlafplätze von Obdachlosen sehe. Und davon gibt es in Berlin mittlerweile sehr viel. Vor allem aber empfinde ich Mitleid und auch Scham, dass es so etwas in unserem reichen Land überhaupt gibt. Law-and-Order-Politiker wie Mittes Bürgermeister Dassel heucheln Mitgefühl – aber sie nutzen ihre Mittel nicht, um das Elend zu bekämpfen. Anstatt diesen Menschen die Polizei, Ordnungsamt und Stadtreinigung auf den Hals zu hetzen, könnte der Bezirk an einigen Stellen auch mobile Toiletten aufstellen und Waschcontainer. Dann bräuchten sich die Opfer der Vertreibung auch nicht anhören müssen, sie wären ja verdreckt und hätten Läuse.

Diese kleine Gruppe von Obdachlosen lebten an einem Platz, an dem sie niemanden störten. Unter einer Straße, abseits der Wege, die Passanten benutzen. Und trotzdem wurden sie vertrieben und ihre Zelte zerstört und gestohlen, so wie vorher schon unzählige Male.

Seit 2017 gab es in Mitte rund 100 Vertreibungen wegen "illegalem Campierens im öffentlichen Raum". Das Bezirksamt spricht von "über 60" Räumungen.

Dassel ist mittlerweile auch in seiner eigenen Partei, den Grünen, wegen dieser unmenschlichen Politik gegen Wehrlose höchst umstritten. Er ist für diese Position des Bürgermeisters völlig ungeeignet, in seiner Pressemitteilung von gestern droht er nun dem Tagesspiegel sogar rechtliche Konsequenzen gegen dessen Berichterstattung an. Dassel will nicht wahr haben, dass es hier nun mal auch viel Elend gibt. Und er tut so, als würde es sich bei den immer wieder hingestellten und dann vom Ordnungsamt zerstörten Zelte um einen Campingplatz von Touristen handeln.

*"Zusätzlich erfolgte der Hinweis darauf, dass das Campieren eine unerlaubte Sondernutzung nach dem Berliner Grünanlagengesetz darstellt."*



---

## Falsche Gewichtung

In Bremen ist vorgestern Abend, Frank Magnitz ein führendes Mitglied der rechtsradikalen Partei AFD, von drei Personen auf der Straße überfallen und angeblich schwer verletzt worden. So schwer, dass er danach noch aussagen konnte, die Täter hätten ihn mit einem Kantholz niedergeschlagen. Und als er bereits am Boden lag, wäre noch gegen seinen Kopf getreten worden. Eineinhalb Tage nach der Tat hat der „Schwerverletzte“ das Krankenhaus wieder verlassen.

Die AFD schreit von Mordversuch und Skandal, alle Bundestagsparteien beeilen sich mit einer Verurteilung der Tat. In der „Berliner Zeitung“ behauptet der Kommentator sogar, Magnitz wäre „halb zu Tode geprügelt“ worden. Dieser Kommentar ist besonders peinlich, weil er am Anfang behauptet, die Fakten würden vor Veröffentlichung gecheckt.

Tatsache ist, dass die Bremer Polizei ein ganz anderes Bild zeichnet. Denn zufällig wurde die Tat von einer Kamera aufgezeichnet. Darauf sieht man drei Personen, von denen einer einmal auf das Opfer einschlägt, dann rennen alle weg. Eine Waffe („Kantholz“) ist nicht im Spiel, auch wurde nicht am Boden liegend auf ihn eingetreten. Stattdessen hat er sich seinen Kopf offenbar beim Sturz verletzt.

Es wundert nicht, dass die AFD diesen Angriff künstlich übertreibt und gleich als Mordversuch hinstellt. Sie gibt natürlich auch den anderen Parteien eine Mitschuld, vor allem den Grünen. Aber das ist lächerliche Propaganda. Frank Magnitz gehört zu denjenigen, die selbst innerhalb der AFD zu den Radikalen zählen, für sein Wahlkreisbüro hat er einen bekannten Rechtsextremisten angestellt.

Der öffentliche Aufschrei nach dem Angriff ist scheinheilig und verdreht völlig die Verhältnisse. Denn solche Überfälle gibt es tagtäglich überall in Deutschland. Nur werden diese von Rechtsextremisten und Rassisten ausgeführt und die Opfer sind in der Regel Flüchtlinge und Antifaschisten. Und weil das alltäglich passiert, wird darüber in den Medien kaum berichtet. Das Gejammere über den angeblichen „Mordversuch“ von Bremen ist im Verhältnis zu den vielen Nazi-Überfällen völlig unverhältnismäßig.

Man mag solche Angriffe auf Politiker ablehnen. Aber man sollte nicht vergessen, dass es die AFD ist, die die Verrohung der politischen Verhältnisse vorantreibt, inklusive der Hetze gegen Flüchtlinge, Muslime, Juden und Andersdenkende.

---

## Drugstore + Potse weggentrifiziert

Mehr als 40 Jahre lang gab es das Jugendzentrum Drugstore in der Potsdamer Straße. Für Generationen von Jugendlichen war es eine feste Größe in Schöneberg. Das Drugstore und die daneben liegende Potse sind die beiden ältesten selbstverwaltetesten Jugendklubs Berlin, sie existierten seit Anfang der 1970er Jahre.

Der jetzige Eigentümer des Hauses hat jedoch beide zum Jahresende gekündigt und ließ sich auch nicht von den Bemühungen des Bezirks beeindrucken, eine andere Lösung zu finden. So wie die ganze Gegend gentrifiziert wird,

immer mehr alteingesessene Familien wegziehen und lange bestehende Läden geschlossen werden (z.B. auch der gegenüber liegende Obst/Gemüse-Markt), so wird auch auf die Kultur keine Rücksicht mehr genommen. Was keine Kohle bringt, wird ausgemerzt. Sollen sich die Jugendliche doch ins Private zurückziehen und sich mit Drogen zuknallen, dann stören sie die Investoren nicht.

Gerade das Drugstore stand immer für ein offenes und selbstbestimmtes Leben. Unzählige Jugendliche haben hier zu diskutieren gelernt, Musik gemacht, antisexistisches Verhalten erfahren und das Druckereihandwerk gelernt. Es gab Tausende von Partys und Konzerten, nicht nur für Leute mit Geld, sondern für alle. Aber was keinen Profit macht, muss in Berlin verschwinden.

Die Leute vom Drugstore, das zum Verbund SSB (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Berlin) gehört, haben beschlossen, ihre Räume aus Rücksicht auf diesen Trägerverein nicht zu besetzen. Sie sind heute Vormittag "freiwillig" ausgezogen.

Das Potse-Kollektiv hat sich dagegen entschlossen, in seinen Räumlichkeiten zu bleiben: "Die angebotenen Ersatzräumlichkeiten stellen im besten Falle einen Witz dar. Hiermit verhöhnt die Politik die jahrzehntelange, ehrenamtliche Arbeit, die von Generationen an Jugendlichen geleistet wurde und wird. Es ist nicht hinnehmbar, dass das sowieso schon knappe Angebot an kultureller Beteiligung einem Hostel für Start-Up Yuppies weichen soll."

[www.drugstore-berlin.de](http://www.drugstore-berlin.de)

[potse.squat.net](http://potse.squat.net)



---

## Zerstörtes Vorbild

Es war einmal vor fast 40 Jahren, als ich zum ersten Mal von dem Land Nicaragua hörte, in dem die rechte Diktatur zum Teufel gejagt wurde. In den Jahren danach bekam ich mehr Einblick: Das kleine Land in Mittelamerika bekam in der linken Szene Europas immer mehr Bedeutung. Viele reisten dort hin, um die Revolution der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN zu besuchen und erzählten hier von ihren Eindrücken. Sie nannten sich die Internationalen Brigaden. Ein Freund von mir blieb sogar dort und wurde Polizist in der Hauptstadt Managua. Die Gesellschaft Nicaraguas wurde basisdemokratisch organisiert, die Minister legten in den Dörfern, Schulen und den neuen Gemeinschaftshäusern **Rechenschaft ab über ihre Arbeit**. Und sie konnten jederzeit abgewählt werden.

Da die USA kurz nach der Revolution mit allen Mitteln gegen die sandinistische Regierung schoss, musste sich das Land andere Bündnis- und Wirtschaftspartner suchen. In Deutschland tauchte bald Solidaritätskaffee aus Nicaragua auf. Man zahlte mehr als für den Kaffee aus dem Supermarkt und unterstützte damit diese neue Gesellschaft.

Über viele Jahre war das Land ein Vorbild für den Aufbau einer neuen Gesellschaft. Was besonders schwer war, weil es die ganze Zeit über von rechtsradikalen Terroristen angegriffen wurde. Bei den freien Wahlen wurde die FSLN stärkste Partei und lange sah es so aus, als würde ein kleiner Traum erfüllt. Doch Macht macht korrupt, das gilt auch für den damaligen Revolutionsführer und Staatschef Daniel Ortega. 1990 wurde er abgewählt, trotz Vergewaltigungsvorwürfen aber 2006 erneut gewählt. Von einem demokratischen und revolutionären Vorbild entwickelte er sich nun jedoch zum Diktator, zahlreiche ehemalige Mitkämpfer/innen distanzieren sich und gründeten eine eigene Organisation.

Die Nachrichten die heute aus Nicaragua kommen, sind nur noch traurig und erschreckend. Längst gibt es eine breite Korruption, willkürliche Polizeigewalt, Tausende von politischen Gefangenen. Wer offen gegen die Diktatur

auftritt riskiert seine Freiheit und sogar sein Leben.

Von der großen Hoffnung, die die Sandinisten eins waren, für das eigene Volk, aber auch für viele andere in der Welt, ist nichts mehr geblieben. Nur noch Enttäuschung, dass die Partei FSLN nicht stark genug war, diese Machenschaften Ortegas zu verhindern oder ihn rechtzeitig abzusetzen. Aber die Ideen und das jahrelange Vorbild für andere waren ein Gewinn.



---

## Staatliche Kindesentziehung [Update]

Artikel vom 24. Juni 2018:

Es gibt viele Kinder, die von ihren Eltern geschlagen werden. Das ist schlimm und es ist wichtig, dass die Jugendämter da genau hinschauen und eingreifen. Viel zu oft tun sie es leider nicht. Aber es gibt auch das Gegenteil und dies ist nicht weniger schlimm für die Kinder und die Eltern.

Ein solcher Fall ist der von Sandra aus Berlin. Sie ist mit über 30 Jahren sicher nicht mehr so sprunghaft wie eine Jüngere und als sie vor zwei Jahren ihre Tochter Sarah (Name geändert) bekam, war auch alles gut. Außer, dass sie noch immer in der Wohnung neben ihrer sehr dominanten Mutter wohnte, die die Kontrolle über Tochter und Enkelin behalten wollte.

Vor einem Jahr lernte Sandra einen Mann kennen, zog einige Monate später zu ihm in die Wohnung. Die Entscheidung fiel so schnell, weil sie großflächigen Schimmelbefall in ihrer Wohnung entdeckt hatte. Und auch, weil sie so endlich aus der Umklammerung ihrer Mutter entfliehen konnte.

Mit dem Umzug schaltete die Oma auf Konfrontation. Die gesamte Familie wurde mit einbezogen, Sandra wurde bei allen schlechtgemacht. Auch dass sie sich mit ihrem neuen Freund in einer evangelischen Freikirche engagiert wurde ihr zum Vorwurf gemacht. Schon bald wollte niemand mehr mit ihr etwas zu tun haben.

Dann kamen die Weihnachtstage. Im Kindergarten geriet Sarah mit einem anderen Mädchen aneinander, sie kloppten sich um ein Spielzeug, wobei sie einige blaue Flecken abbekam. Einen Tag später lief sie durch die für sie neue Wohnung. Einen Moment passte Sandra nicht auf, als das Mädchen an einen noch heißen Herd fasste. Schnell bildeten sich Brandblasen, Sandra und ihr Freund fuhren sofort mit Sarah ins Kinderkrankenhaus der Charité im Wedding. Die Ärzte dort alarmierten das Jugendamt und die Polizei, weil sie eine Vernachlässigung des Mädchens befürchteten.

Natürlich hätte Sandra oder ihr Freund besser aufpassen müssen, aber alle, die selber Kinder haben wissen, dass eine lückenlose Überwachung kaum möglich ist. Zumal die beiden erst noch dabei waren, die Wohnung kindergerecht umzubauen, sie also sicherer zu machen. Doch auch die Hämatome von der Auseinandersetzung im Kindergarten wurden als Hinweis für eine Misshandlung gedeutet. Die Mitarbeiterinnen im Kindergarten stritten die Klopperei von Sarah und dem anderen Mädchen gegenüber dem Jugendamt ab, während sie im kleinen Kreis zugaben, dass es sie gegeben hatte.

Nun begann die "Kinderschutzmaschine" anzulaufen. Mitarbeiter des Jugendamts wurden zum Dauergast in der gemeinsamen Wohnung, es gab eine Befragung durch die Polizei, Psychologen beschäftigten sich mit Mutter und Tochter. All das ist ja ok, wenn ein Verdacht auf Misshandlung vorliegt. Aber es sollte auch zu einem vernünftigen Ergebnis führen. Das tat es jedoch in diesem Fall nicht.

Als Sarah im Februar krank wurde und nichts mehr essen wollte, riet der Arzt dazu, sie zur Essenaufnahme zu zwingen. Damit war natürlich keine Gewalt gemeint, aber Sandra sollte sich gegen ihre Tochter durchsetzen. Der

Freund hielt nun Sarah den Mund auf, während Sandra sie fütterte. Dabei entstanden erneut Hämatome, die kurz danach einer Besucherin des Jugendamtes auffielen.

Alle Erklärungen nutzten nichts: Am 2. März wurde Sarah aus der Wohnung geholt und in eine Kinderwohneinrichtung in Lichtenrade gebracht. Der Mutter wurde zugestanden, ihre Tochter zweimal pro Woche für je 1 ½ Stunden zu besuchen, jedoch nur unter Aufsicht. Versuche, mit dem Mädchen zu Kinderfesten oder dem Sommerfest des Kindergartens zu gehen, wurden unterbunden. Als Begründung wurde angeführt, dass das Kindeswohl nicht gesichert sei. Dabei haben sich Sandra und ihr Freund längst weitergebildet, besuchten einen Erste-Hilfe-Kurs für Babys und Kleinkinder. Und auch die Wohnung wurde kindergerecht ausgestattet, viele Sicherheitsmaßnahmen wurden installiert, Sarah hat ein eigenes, großes Zimmer.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Kinder blaue Flecken kriegen. Sandra und ihrem Freund wird dies aber vorgeworfen, es wird die Behauptung aufgestellt, sie würden das Mädchen misshandeln.

Doch schon im März wies Sarah erneut neue Hämatome auf, die sie sich diesmal jedoch in der Wohneinrichtung zugezogen hat. Merkwürdig nur, dass diese ganz anders interpretiert werden, diesmal wurde nicht der Verdacht einer Misshandlung erhoben. Und noch schlimmer: Sandra fotografierte diese Flecken und stellte die Fotos dem Jugendamt zur Verfügung – dort aber sind sie angeblich nicht mehr aufzufinden.

Immer wieder kamen parallel dazu Hinweise von Sandras Mutter, sie könne alles sofort rückgängig machen, wenn sie wieder zurückkämen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Oma einen etwas zu guten Draht zum Jugendamt hat, wenn sie so etwas behaupten kann.

Mittlerweile sind vier Monate vergangen. Sarah wohnt noch immer in der Einrichtung und das Jugendamt weigert sich, sie wieder freizulassen. Sie wollen Sandra das Kind dauerhaft wegnehmen, obwohl es keine nachvollziehbaren Hinweise auf eine Misshandlung gibt. So drohen sie auch damit, Sandra durch das Familiengericht die Erziehungsberechtigung entziehen zu lassen.

Alternativ bieten sie ihr an, erstmal für ein Jahr in ein Mutter-Kind-Heim zu ziehen. Dies würde aber die junge Familie auseinanderreißen und sie müssten auch ihre relativ günstige Wohnung in Moabit aufgeben. Zumal sie das große Glück haben, in der Nähe einen Kindergartenplatz ergattert zu haben.

Sandra und ihr Freund wollen sich mit der Willkür des Jugendamts nicht abfinden. Sie haben einen Rechtsanwalt beauftragt, der nun Anzeige gegen das zuständige Jugendamt wegen Kindesentziehung gestellt hat. Vermutlich wird es also zu einem Gerichtsverfahren kommen.

Das alles wird ohne Not auf dem Rücken der kleinen Sarah ausgetragen, die erst von ihrer alten Wohnung in die neue gezogen ist und einige Monate später dort rausgeholt wurde. Sie musste sich zweimal an eine neue Umgebung gewöhnen, auch an neue Bezugsmenschen und an die Trennung von ihrer Mutter.

Das Gesetz spricht davon, dass es in erster Linie um das Wohl des Kindes geht. In diesem Fall aber hat man eher den Eindruck, das Jugendamt will ein Exempel statuieren. Unterstützt von einer fragwürdigen Psychologin aus der Wohneinrichtung sowie der Großmutter, die wiederum ihre eigenen Interessen verfolgt. Ich kenne Sarah, Sandra und ihren Freund. Und ich weiß, dass an den Vorwürfen nichts dran ist. Das Vorgehen des Jugendamtes ist für mich unverständlich.

**Update am 14. Dezember 2018:**

**Lasst unsere  
Kinder frei!**

Gestern hat Sandra ihr zweites Baby bekommen. Heute

Vormittag sind Vertreter vom Jugendamts Mitte im Krankenhaus erschienen und haben ihr auch dieses Kind weggenommen. Wieder mit der Begründung, das Kindeswohl sei gefährdet.

Es ist ein Skandal, nicht mehr nachvollziehbar und nicht zu akzeptieren, wie unmenschlich das Jugendamt vorgeht und systematisch eine Familie zerstört. Während anderswo Kinder in ihren Elternhäusern halbtot geschlagen werden können und das Jugendamt sich mit Personalnot rausredet, wird hier mit der Keule auf eine funktionierende Familie eingeschlagen. Wenn das so weitergeht, gibt es noch eine Katastrophe.

---

## Leerstandsmelder

In Berlin gibt es wenig freie Wohnungen. An teuren Eigentumswohnungen herrscht kein Mangel, aber die normale Bevölkerung, die keine 2.000 EUR pro Monat zahlen kann, hat derzeit kaum eine Chance, eine für sie bezahlbare Wohnung zu finden.

Diese Situation der Wohnungsknappheit gab es in den 1980er Jahren schon mal, auf beiden Seiten der Mauer, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. In West-Berlin wurden Hunderte von Wohnhäusern bewusst leer stehen gelassen, um sie verfallen und dann abreißen zu lassen. Neubauten brachten mehr Profit. Währenddessen standen in Ost-Berlin ganze Straßenzüge leer, weil sie ebenfalls abgerissen werden sollten. Der Regierung war eine Sanierung zu teuer. Stattdessen sollten Standardbauten errichtet werden, für die jedoch oft kein Geld da war.

In beiden Stadthälften wurden deshalb Wohnungen und ganze Häuser besetzt. Unauffällig im Osten, umso offensiver und öffentlicher im Westen. Hier waren es zur Hochzeit der Bewegung 1981 mehr als 200 Häuser.

Heute werden Hausbesetzungen in der Regel sofort von der Polizei beendet – wenn sie denn öffentlich bekannt werden. Stattdessen werden immer wieder Wohnungen heimlich in Besitz genommen, nicht aus politischen Gründen, sondern aus der reinen Not heraus. Zehntausende Wohnung fehlen derzeit in Berlin, genauso viel Menschen müssen bei Freunden oder Angehörigen unterschlüpfen, weil sie sonst auf der Straße schlafen müssten. Nach Angaben des Senats sind es gar nicht so viele, weil diese Menschen gar nicht erfasst werden. Die jetzt schon viel zu große Zahl von wirklich Obdachlosen wird zwischen 5.000 und 10.000 geschätzt. Dazu komme eben diese Wohnungslosen.

Wenn sich ein Teil von ihnen entschließt, ohne Vertrag eine leer stehende Wohnung zu beziehen, müssen sie erstmal wissen, wo man diese findet. Einfacher macht es das Internetportal "Leerstandsmelder". Hier können leer stehende Gebäude und Wohnungen eingetragen und abgerufen werden. Allein für Berlin sind derzeit knapp 800 Objekte gelistet, einzelne Wohnungen, aber auch komplette Häuser. Manche stehen seit Jahren leer, andere sind allerdings wieder bewohnt oder eine Baustelle. Zu den einzelnen Objekte gibt es zusätzliche Informationen. Der Datenschatz ist natürlich nur so aktuell, wie sich auch Menschen darum kümmern. Trotzdem ist es für diejenigen eine Hilfe, die bereit sind, lieber illegal unterzukommen, als unter einer Brücke zu schlafen.

Wenn Sie also von leer stehendem Wohnraum wissen, tragen Sie diesen doch ebenfalls dort ein:

[www.leerstandsmelder.de/berlin](http://www.leerstandsmelder.de/berlin)

---

# Staatsgewalt gegen antifaschistische Aktion

Man kann dem **“Zentrum für politische Schönheit”** nicht vorwerfen, sie wären zu lasch oder inkonsequent in der Wahl ihrer Mittel. Vermeintliche Gräber auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag, ein eigenes Holocaust-Mahnmal neben dem Grundstück des AFD-Hetzers Höcke oder die Ankündigung, einen Flüchtling durch einen Tiger fressen zu lassen. Das ZPS geht immer an die Grenzen und viele meinen, sie gingen zu weit.

So auch bei der neuen Aktion in Chemitz. Wir erinnern uns: Im Spätsommer **marschierte der rechte Mob durch die Stadt**, jagte Flüchtlinge, griff ein jüdisches Restaurant an. Und die Staatsmacht? Erst ignorierte sie die Rechtsextremisten, dann behauptete der Verfassungsschutz-Chef Maaßen (aber nicht nur er), es hätte ja gar keine Hetzjagten gegeben. Bürgerliche Politiker verharmlosten die Nazi-Krawalle.

Nun hat das ZPK eine Aktion dagegen gemacht, dass sich im Sommer Tausende an den Naziaktionen beteiligten – und noch am selben Tag macht sich der Staat erneut zum Büttel der Faschisten.

Mitglieder der Politkünstler hatten in der Fußgängerzone von Chemnitz einen Laden gemietet und gestern Plakate ins Schaufenster gehängt. Mit denen wurde nach Leuten gefahndet, die sich an den rechten Aufmärschen im August beteiligt hatten. Das Ganze wurde begleitet von der Internetseite [soko-chemnitz.de](http://soko-chemnitz.de), auf der viele weitere Gesichter zu sehen waren, ebenfalls von den rassistischen Aktionen in Chemnitz.

Das ZPS erklärte dazu, es gehe nicht um die Diskreditierung aller Demonstrierenden, sondern um die Identifizierung der echten Neonazis. Um der Legendenbildung vorzubeugen, hier wären durchschnittliche Deutsche marschiert. Viele der auf der Website Abgebildeten wurden bereits anhand ihrer sonstigen Aktivitäten, vor allem bei Facebook u.ä., als rechtsextreme und rassistische Hetzer identifiziert. Insofern hat die Aktion schon am ersten Tag ihren Zweck erfüllt.

Die Staatsgewalt, die im August und auch in den Monaten danach völlig versagt hat, ist gestern dafür umso schneller aktiv geworden. Als Erstes gab es gegen die Betreiber der Website eine Strafanzeige wegen der unerlaubten Nutzung des sächsischen Emblems.

Nach ein paar Stunden stürmte die Polizei dann den Laden, zusammen mit dem städtischen Vermieter, und entfernte die Plakate. Und am Abend wurde dann sogar die Internetseite der ZPS-Aktion abgeschaltet. Mittlerweile ist sie aber wieder online.

Die Polizei Sachsen begründete die Schließung des Ladens scheinheilig mit Gefahrenabwehr. **“Rechtsextreme Straftäter haben zu Sachbeschädigung aufgerufen”**. Anstatt das Eigentum zu schützen, zerstören sie es also lieber selber.

Damit aber sind sie dem Zentrum in die Falle gegangen: Sie haben gezeigt, dass sie sehr wohl schnell und effektiv reagieren können, wenn es in ihrem Interesse ist. Dass die Polizei gegenüber dieser antifaschistischen Aktion sofort zuschlägt, aber von den marschierenden Neonazis und Mitläufern bisher fast niemanden festgenommen hat, zeichnet ein eindeutiges Bild.

Und dies lässt nur einen eindeutigen Schluss zu: Es ist keine Unfähigkeit, sondern politischer Wille, dass man der AFD (die den Marsch im August organisiert hat) und ihren Neonazifreunden gerne zu Diensten ist. Menschen und Gruppen aber, die sich gegen die faschistische Gefahr zur Wehr setzen, werden sofort verfolgt.

Nein, nicht das Zentrum für politische Schönheit ist zu weit gegangen, sondern die **“Sicherheitsbehörden”**. Die Lage ist ernster, als viele glauben.

---

## Der Wert eines Menschen

Das Bundesinnenministerium (BMI) hat eine bundesweite Plakataktion gestartet, mit der es Flüchtlingen überreden will, Deutschland wieder zu verlassen. Unter dem Motto "Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt." wird darin in mehreren Sprachen eine Geldzahlung in Aussicht gestellt, wenn die Betroffenen bis zum 31. Dezember in ihr Heimatland zurückkehren.

Diese Kampagne ist absolut zynisch und geht überhaupt nicht auf die Situation der geflüchteten Menschen ein. Immerhin haben die weitaus meisten von ihnen ihr Heimatland nicht deshalb verlassen, ihre Häuser, ihr Hab und Gut, ihre Familien zurückgelassen, weil es in Deutschland so schön ist. Die meisten flohen vor dem Krieg in Syrien, dem islamistischen Terror in Afghanistan, Verfolgung und Unterdrückung. Ihnen jetzt 1.000 Euro anzubieten, damit sie wieder in diesen Horror zurückkehren, ist erbärmlich, es verhöhnt die Erfahrungen, die diese Menschen dort machen mussten.

Das BMI hat sogar einen "Erklärfilm" erstellen lassen, in dem nicht mal unterschieden wird zwischen Migrant/innen und Flüchtlingen. Merke: Migranten wechseln ihr Land in der Regel freiwillig. So wie hunderttausende Deutsche dies auch tun und in anderen Ländern der Welt leben.

Flüchtlinge dagegen verlassen ihr Land, weil sie um Leib und Leben fürchten. Weil sie Angst haben, von einer Bombe zerfetzt zu werden. Oder vom Geheimdienst oder der Taliban gefoltert und ermordet zu werden. Der Großteil von ihnen würde gerne wieder in die Heimat zurückkehren, wenn sie dort ungefährdet leben könnten.

Dies ist aber nicht der Fall: In Syrien wurde erst am Wochenende wieder Giftgas gegen die Bevölkerung eingesetzt. In Afghanistan kann die Regierung nicht mal die eigenen Institutionen gegen die IS-Terroristen schützen – geschweige denn die eigene Bevölkerung.

Wer nicht mal zwischen Migranten und Flüchtlingen unterscheiden kann – oder will – ist nicht nur dumm. Er versucht damit zu suggerieren, dass es das gleiche ist. Dass also die Flüchtlinge hier in Wirklichkeit keinen Schutz suchen, sondern unter einem Vorwand einwandern wollen.

Und: Mit der "Rückkehrhilfe" macht das Ministerium deutlich, wieviel ihm das Leben eines dieser Menschen wert ist: 1.000 EUR! Ganze Familien sogar nur 3.000 EUR. Dies ist einfach nur rassistisch und heizt die Vorurteile gegen diejenigen an, die am meisten auf unsere Hilfe und Solidarität angewiesen wären!



---

## #UNTEILBAR

Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen.

Das Sterben von Menschen auf der Flucht nach Europa darf nicht Teil unserer Normalität werden. Europa ist von einer nationalistischen Stimmung der Entsolidarisierung und Ausgrenzung erfasst. Kritik an diesen unmenschlichen Verhältnissen wird gezielt als realitätsfremd diffamiert.

Während der Staat sogenannte Sicherheitsgesetze verschärft, die Überwachung ausbaut und so Stärke markiert, ist das Sozialsystem von Schwäche gekennzeichnet: Millionen leiden darunter, dass viel zu wenig investiert wird, etwa in Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Bildung. Unzählige Menschen werden jährlich aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Umverteilung von unten nach oben wurde seit der Agenda 2010 massiv vorangetrieben. Steuerlich



begünstigte Milliardengewinne der Wirtschaft stehen einem der größten Niedriglohnsektoren Europas und der Verarmung benachteiligter Menschen gegenüber.

### **Nicht mit uns - Wir halten dagegen!**

Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar, in der vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Wir stellen uns gegen jegliche Form von Diskriminierung und Hetze. Gemeinsam treten wir antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LGBTIQ\*- Feindlichkeit entschieden entgegen.

### **Wir sind jetzt schon viele, die sich einsetzen:**

Ob an den Außengrenzen Europas, ob vor Ort in Organisationen von Geflüchteten und in Willkommensinitiativen, ob in queer-feministischen, antirassistischen Bewegungen, in Migrant\*innenorganisationen, in Gewerkschaften, in Verbänden, NGOs, Religionsgemeinschaften, Vereinen und Nachbarschaften, ob in dem Engagement gegen Wohnungsnot, Verdrängung, Pflegenotstand, gegen Überwachung und Gesetzesverschärfungen oder gegen die Entrechtung von Geflüchteten - an vielen Orten sind Menschen aktiv, die sich zur Wehr setzen gegen Diskriminierung, Kriminalisierung und Ausgrenzung.

Gemeinsam werden wir die solidarische Gesellschaft sichtbar machen! Am 13. Oktober wird von Berlin ein klares Signal ausgehen.

### **#unteilbar Für eine offene und freie Gesellschaft - Solidarität statt Ausgrenzung Demonstration: 13. Oktober 2018 - 13:00 Uhr Berlin**

*Für ein Europa der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit!*

*Für ein solidarisches und soziales Miteinander statt Ausgrenzung und Rassismus!*

*Für das Recht auf Schutz und Asyl - Gegen die Abschottung Europas!*

*Für eine freie und vielfältige Gesellschaft!*

*Solidarität kennt keine Grenzen!*

---

## Nazis und ihre Freunde

Es ist schon merkwürdig: Wenn jemand aus einem anderen Land kommt, aber die deutsche Staatsbürgerschaft hat, wird er von Rechtsextremisten trotzdem als Ausländer angesehen. Er hat ja keine „arischen“ Wurzeln. Als aber am Sonntag in Chemnitz ein Deutsch-Kubaner von zwei vermutlich aus Syrien und Irak stammenden Flüchtlingen getötet wurde, beklagten die Faschisten den Tod des Deutschen. Wenn es ihnen nützt, sind sie plötzlich nicht ganz so genau.

Was dazu geführt hat, dass der Mann erstochen wurde, ist noch nicht bekannt. Das hinderte aber die AfD nicht daran, zu einem Protest in Chemnitz aufzurufen. Und natürlich liefen dort etliche Neonazis mit, die Medien sprechen von 800 Demonstranten. Viele von denen gingen aber im Anschluss an die Demo auf Menschenjagd. Wer aussah, als könnte er ein Migrant sein, wurde angegriffen, geprügelt und durch die Stadt gejagt. Es waren Szenen, wie sie immer wieder vorkommen, wenn der „Volkszorn“ erstmal richtig angestachelt worden ist.

Die Polizei, die in Sachsen sowieso oft ihre Sympathie mit Rechtsradikalen zeigt, schritt nur zögerlich ein. Erst recht am nächsten Tag, als etwa 6.000 Hooligans und Neonazis in Chemnitz randalierten. Die Polizei ließ sie stundenlang

gewähren, um „die Versammlungsfreiheit zu schützen“, wie sie später mitteilte. Die Nazis konnten wieder Hetzjagden veranstalten, den Hitlergruß zeigen und faschistische Parolen brüllen. Reporter, Antifaschisten und vermeindliche Flüchtlinge wurden massiv bedroht und teilweise angegriffen. Versammlungsfreiheit im sächsischen Sinn.

Eine Tat wird zum Vorwand genommen, um diejenigen zu jagen, die „anders“ sind. Und der deutsche Pöbel solidarisiert sich auch mit denen, schreit Parolen. Im „besten“ Fall verharmlost er die Geschehnisse.

Wie der Berliner Fraktionschef der FDP, Sebastian Czaja, der die viel zu wenigen Antifaschisten, die am Montag demonstrierten, mit den Nazis gleichsetzte: „Antifaschisten sind auch Faschisten“ twitterte er. Nichts aber dazu, dass es purer Rassismus ist, der die Rechtsextremisten auf die Straße trieb.

Sein Parteigenosse Wolfgang Kubicki, immerhin stellvertretender Parteichef, nahm die Neonazis sogar in Schutz: „Die Wurzeln für die Ausschreitungen liegen im ‘Wir-schaffen-das’ von Kanzlerin Angela Merkel“, sagte Kubicki, als ob das die Hetzjagden gegen Migranten rechtfertigen würde.

Nein, die Nazis waren auch schon vor Merkel scheiße. Sie nutzen lediglich solche Vorkommnisse, um sie zum Anlass für ihre Hetze zu nehmen.

Wenn Czaja und Kubicki meinen, mit dem Rangeschleime an Rechtsextremisten der AfD Stimmen abluhsen zu können, irren sie sich. Sie können damit vielleicht die Stimmung im Land weiter nach rechts drücken, aber profitieren werden davon die AfD und die Neonazigruppen.

Dass die AfD sich an der Hetze in Chemnitz aufgeilt, ist klar. Hans-Jörg Müller, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, bezeichnete die Krawalle als „Bürgerproteste“, auf die er stolz sei. Der Berliner Abgeordnete Thorsten Weiß nutzt sogar offene NS-Parolen und schreibt: „Des Volkes Zorn bricht sich Bahn.“

Wieder einmal wird die Tat eines Migranten dazu genutzt, um gegen alle vorzugehen, die als Flüchtlinge in Deutschland leben. Es ist das gleiche Schema, das es in diesem Land schon einmal gab. Wären die Täter aber Deutsche gewesen, hätte sich kein Nazi und kein FDP-Politiker darüber beschwert.



---

## Neue? Oder lieber gar keine mehr?

Der Regierende Michael Müller hat vor Kurzem den Vorschlag gemacht, dass es in Berlin einen zusätzlichen Feiertag geben solle. Als Grund wurde genannt, dass andere Bundesländer teilweise viel mehr gesetzliche Feiertage hätten, als Berlin. In Bayern sollen es sogar 5 Tage mehr sein, allesamt christliche, weil die Bauern ja angeblich so religiös sind.

Ich finde die Forderung sehr befremdlich, sie erinnert an kleine Kinder: Der hat ein Eis, ich will auch ein Eis haben!

Die Idee kam bereits im vergangenen Jahr auf, als der Reformationstag der Evangelen ausnahmsweise ein einziges Mal in Berlin als Feiertag galt. Dies wurde anlässlich des 500. Jubiläums von Luthers Thesenanschlag beschlossen. In Brandenburg wird diesem Antisemiten schon lange mit einem eigenen freien Tag gedacht.

Überhaupt geht es ja offenbar nur darum, einen zusätzlichen arbeitsfreien Tag einzurichten. Sonst würde man jetzt nicht überlegen, welchen man nehmen könnte. Müsste es nicht andersrum laufen? Also, dass man ein wichtiges Datum hat, auf das man gerne immer wieder mit einem Feiertag aufmerksam machen will? Schon die Auswahl der Vorschläge geht in verschiedene Richtungen:

- **27. Januar:** Befreiung des KZs Auschwitz 1945.

- **8. März:** Der internationale Frauentag.
- **18. März:** Versuch einer Revolution 1848. Außerdem 1990 Datum der einzigen freien Wahlen in der DDR.
- **8. Mai:** Befreiung vom Faschismus 1945.
- **23. Mai:** Das Grundgesetz tritt in 1949 Kraft, offizielle Gründung der BRD.
- **17. Juni:** Arbeiteraufstand in der DDR 1953, war in der BRD bis 1990 offizieller Feiertag "Tag der Einheit".
- **15. August:** Mariä Himmelfahrt. Das genaue Datum finden Sie vermutlich in der Bibel.
- **September/Oktober:** Jom Kippur. Der Versöhnungstag ist seit über 1.400 Jahren der höchste jüdische Feiertag.
- **31. Oktober:** Reformationstag, Luther beschädigt 1517 die Tür des Schlosskirche in Wittenberg.
- **9. November:** 1918 doppelte Ausrufung der Republik. Gedenken an die Reichspogromnacht 1938. Und Datum der Maueröffnung 1989.
- **16. November:** Internationaler Tag der Toleranz.

Wann und wie nun einer dieser Tage ausgewählt wird, ist unklar. Und auch, ob man ihn überhaupt braucht. Denn wenn man sich die bestehenden Feiertage anschaut, werden sie selten genutzt, um an den eigentlichen Anlass zu erinnern. Sicher, zu Weihnachten wird viel Brimborium mit Krippe und Stall veranstaltet. Doch dient das eher der Ankurbelung des Konsums, als darum, an sogenannte christliche Werte zu erinnern. Sonst würden nämlich wenigstens um die Weihnachtstage herum Flüchtlinge endlich mal nicht beschimpft und verfolgt werden, schließlich waren auch Josef und Maria welche.

Ostern verbindet man eher mit dem heiligen Hasen, "Christi Himmelfahrt" mit männlichen Saufgelagen. Und worauf sich Pfingsten oder Buß- und Betttag beziehen, weiß vermutlich auch kaum jemand, der nicht bibelfest ist. Nur am 1. Mai und 3. Oktober wird tatsächlich öffentlich an den Ursprung des Feiertags gedacht. Wobei auch diese Tage eher wirklich zum Feiern genutzt werden, unabhängig von ihrem Hintergrund.

Man kann feststellen, dass die Diskussion über einen neuen Feiertag überflüssig ist. Egal, welcher es letztendlich wird, die meisten Menschen werden sich über weniger Arbeit freuen, aber nicht dem Anlass gedenken. Insofern könnte man auch sämtliche Feiertage abschaffen. Und damit man doch ab und zu freie Tage hat, gibt man einfach jeden 1. eines Monats frei. So können alle ihren Silvesterrausch ausschlafen und alle Bundesländer haben an gleich viel Tagen frei.

*Foto: Bundesarchiv, Bild 102-15783 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de*




---

## Heute Nacht wird umgebracht wer anders ist

### Knock out

Keiner kommt hier lebend raus  
 Benzin im Treppenhaus  
 Heute Nacht wird umgebracht  
 wer anders ist  
 Deutsche Geschichte wird  
 immer wieder neu inszeniert

weil das Publikum so schnell vergisst  
Biedermann und Brandstifter  
und es werden immer mehr  
Das kotzt mich an und ich krieg' kaltes Blut  
Ich schrei' euch ins Gesicht  
stumm zusehen werd' ich nicht  
und aus Trauer wird jetzt nackte Wut

Knock out  
immer wieder der deutsche Schock  
Knock out  
meine Nerven laufen Amok  
Knock out

Dieses Land wird mir fremd  
wo Blödheit keine Grenzen kennt  
wo Weltverbesserer ein Schimpfwort ist  
wo die Kanonen blüh'n  
Soldaten wieder in den Krieg zieh'n  
und blinder Hass sich in die Herzen frisst

Knock out  
immer wieder der braune Schock  
Knock out  
knock ihn aus  
knock den Wahnsinn aus  
knock ihn aus  
morgen brennt das nächste Haus  
knock ihn aus  
knock den Wahnsinn raus  
zähl' ihn aus  
wieviel Tote braucht ihr noch?

Keiner kommt hier lebend raus  
Flammen im Treppenhaus  
heute Nacht wird umgebracht  
wer anders ist

Knock out  
immer wieder der braune Schock  
Knock out  
Knock den Wahnsinn aus  
morgen brennt das nächste Haus  
Knock ihn aus  
was muss noch gescheh'n  
so wird Deutschland untergehen  
knock ihn aus  
knock den Wahnsinn raus  
zähl' ihn aus

wieviel Tote braucht ihr noch?

Knock ihn aus

*Songtext: Udo Lindenberg*

---

## Die gute, alte Zeit...

Es gab mal eine Zeit, da waren NSU keine Terroristen, sondern Autos. Die Terroristen hießen RAF. Wir waren den ganzen Tag draußen und mussten hoch, wenn die Laternen angingen. Weder gab es Facebook, noch Handys oder tausend Fernsehsender. Und doch hatten wir viel mehr als heute in unserem beschaulichen West-Berlin:

1., 2. und 3. Fernsehprogramm

20 Pfennig für die Telefonzelle

Alliierte Kommandantur

APO

Außenklos

Autos ohne Gurt und Kindersitz

Avon-Berater

AVUS-Rennen

Ball Chairs

Beat

Bhagwanjünger

Bilder "Röhrender Hirsch am See"

Bleistifte in Musik-Cassetten

Bonanzräder

Brauner Bär

Bravo-Discos

Bucker

Bus-Schaffner

Creme 21

Dalli dalli

DDR

Der Abend

Dia-Abende

Die Ente

Die Straßen von San Francisco, Kojak, Daktari, Lassie

Dreieckige Stop-Schilder, auf denen "Halt" stand

Durchsteckschlüssel

Flokatiteppiche

Fotoabzüge

Frauen mit hochtouperten Haaren

Fußballspieler in sehr kurzen Hosen

Gammler

Graue Telefone mit Wählscheibe

Orange-braune Tapeten mit großem Muster

Hallo Partner, danke schön

Hippies

Holzclogs  
Hot Pants  
Jinglers  
Kaum alte Männer  
Kellerwohnungen  
Kettcars  
Kinder in Sepplhosen  
Klammerblues  
Klappräder  
Klick-klack-Spielzeug  
Kling am Ende der Schreibmaschinenzeilen  
Klorollen und Kissen mit Autonummer auf der Hutablage  
Kofferplattenspieler  
Kriegsversehrte  
Langhaarige Studenten  
Lavalampen  
Lederne Schulranzen  
Lula-Hopp-Reifen  
Lurchi  
MAD-Magazine  
Mauer  
Mecki  
Milch aus Glasflaschen  
Mondlandung  
Monty Python  
Musiktruhen  
NSU Prinz  
Orangensaft in dreieckigen Tüten  
Pagenschnitt  
Palomino-Hosen  
Partykeller  
Polunder  
Pril-Blumen  
Quartier Latin  
Rasen betreten verboten  
Raucheretage im Doppeldeckerbus  
RIAS Berlin  
Rote Armee Fraktion  
Rudolf Schock und Grethe Weiser  
Runde Mülltonnen aus Metall  
Schlaghosen  
Schulfunk im Fernsehen  
Schutzmänner  
Schwarz-weiß-Fernseher  
Sendeschluss  
Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band  
Singender Bundespräsident  
Sonntags die Freiheitsglocke im Radio

Starschnitte  
Super-8-Filme  
Tafeln "Mein 1. Schultag"  
The Teens  
Tonbandgeräte  
Trimm-dich-Pfad im Tiergarten  
Twens  
Udo 70  
Verbogene Löffel auf dem Fernseher  
Vergißmeinich die Postleitzahl  
Vietnamkrieg  
VW-Bus Samba  
Wanderstöcke mit Metall-Abzeichen  
Warme Brüder  
Wer wird denn gleich in die Luft gehen...  
Westbank  
Wum und Wendelin  
Yps

*Foto: Der Autor mit Brüderchen und dem Autos des Vaters.*

---

## Was gehen mich die toten Juden an?

Wenn man solche Worte hört, denkt man an Ewiggestrige oder Neonazis, die mit den Morden ihres Idols Adolf Hitler nicht konfrontiert werden möchten. Aber leider sind das nicht die einzigen, im Gegenteil: Ich befürchte, dass sicher die Hälfte der deutschen Bevölkerung so denkt, dass sie mit diesem Teil unserer Geschichte nicht mehr konfrontiert werden möchte.

Er passt ja auch nicht so recht zum Bild des weltoffenen Deutschen. Und doch bin ich der Meinung, dass man nicht vergessen darf, dass es Deutschland war, das den 2. Weltkrieg angezettelt hat und das für die Ermordung von sechs Millionen Juden verantwortlich war.

Ich gehöre nicht zu denen, die den Nachgeborenen eine Mitschuld am Holocaust geben, nur weil sie Deutsche sind. Aber vergessen wir nicht, dass das alles noch nicht so lange her ist, manche der damals Beteiligten leben heute noch. Der Holocaust gehört daher auf andere Art zu unserer Geschichte, als beispielsweise Karl der Große oder der Alte Fritz. Er ist noch immer präsent, noch leben auch einige Opfer, die dem Tod im KZ entronnen sind. Und noch verdienen die Großkonzerne, die damals mit Zehntausenden von Zwangsarbeitern aus den Konzentrationslagern ihre Produktion gesichert haben.

Anders als viele andere denke ich, dass meine Generation und auch die folgenden das nicht als "längst vorbei" wegwischen sollten. Zum einen, weil der Holocaust eben noch für zahlreiche Opfer ganz präsent ist, aber auch, weil der Antisemitismus und Rassismus noch immer existiert – manchmal laut grölend, manchmal aber auch leise hinter vorgehaltener Hand. Heute sicher auch bei manchen Moslems, aber spätestens seit der AfD-Erfolge auch wieder offen bei zahlreichen Deutschen.

Vor allem aber darf man den Holocaust nicht vergessen, weil er ungeheuerlich war: Die industrielle Vernichtung von 6 Millionen Menschen ist allein ein unvorstellbar großer Akt der Barbarei. Versuchen Sie mal, nur 1.000 Namen

aufzusagen, da brauchen Sie schon mindestens eine Stunde. und jeder dieser Namen ist ein Mensch, eine eigene Geschichte. All diese Geschichten sind verloren, die Menschen in ganzen Familien ausgerottet, unwiederbringlich sind die Erinnerungen.

Die Opfer aus unserer Stadt machen auch nicht mal ein Prozent aller von den Nazis ermordeten Juden aus. Allein drei Millionen Ermordete kamen aus Polen, "nur" 55.696 aus Berlin. Hier lebten im Frühjahr 1933 knapp über 160.000 Juden, im Sommer 1939 waren es noch weniger als die Hälfte, 75.300. Nur wenige Hundert, die nicht fliehen konnten, überlebten in einem Versteck.

---

## Sg. Leser

Floskeln sind wie **Krawatten**. Niemand braucht sie, aber fast jeder gebraucht sie. Sie gehören zum "guten Umgangston", sollen den Benutzer aber auch als kompetent und vielleicht sogar modern hinstellen. Deshalb halten auch immer mehr Begriffe aus dem Englischen in unsere Sprache Einzug (nein, ich meine nicht "Berlin Street"). Seit mehreren Jahren sagen viele, etwas ist "in 2018" geplant, statt einfach nur "2018", wie es bisher war. Offenbar wurde diese Floskel modern, weil sie aus den USA stammt. Vor allem in der Geschäftswelt werden immer mehr englische Begriffe genutzt, da wird das Büro zum Office, die Auslagerung ausgesourcet, während sich das Angebot zum Portfolio wandelt.

Aber es ist nicht nur dieses Denglisch, das mich nervt, sondern auch die vielen leeren Floskeln. Vor einigen Monaten beschwerte sich ein Kunde, dass ich ihn in einer E-Mail mit "Hallo..." angesprochen und mit "Tschüss" verabschiedet habe. Das wäre doch unhöflich. Aber ist es wirklich so? Es war jedenfalls nicht so gemeint, denn dann hätte ich gar keine Anrede benutzt.

Selbst mir unbekannte Leute grüßen mich in E-Mails oder Briefen manchmal mit "Lieber...", auch eine Übernahme aus dem amerikanischen "Dear..."

Viel unhöflicher ist es doch, jemanden bewusst zu belügen, vor allem wenn er das genau weiß. Die Anrede "Sehr geehrter..." ist doch meistens unehrlich, denn in den seltensten Fällen ehre ich meine Adressaten sehr. Diese "Ehre" ist genauso wie die Ansprache "Verehrtes Publikum" - dabei kann man doch niemanden verehren, von dem man gar nichts weiß.

Dagegen ist das "Sg." selbst am Anfang von Behördenbriefen nur noch eine Frechheit. Mit dieser Abkürzung für "Sehr geehrte..." kann man kaum deutlicher ausdrücken, dass genau das Gegenteil stimmt.

Mag sein, dass die Verabschiedung in Briefen "mit freundlichen Grüßen" tatsächlich so gemeint ist. In E-Mails jedoch liest man stattdessen oft "MfG". Wer meint, dass sich dahinter wirklich ein freundlicher Gruß verbirgt, ist eine eher leichtgläubige Figur. Da lobe ich mir doch den Abschiedssatz: "Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift gültig".



---

## Sonnenwende am Global Stone Project

Am 21. Juni, dem Tag der Sonnenwende, treffen sich die Fans von Wolfgang Kraker von Schwarzenfeld am Global Stone Project, um den Lichtkreis des Friedens in die Welt zu senden. Um 13.00 Uhr Sommerzeit wird dieser



Lichtkreis die einzelnen Steingruppen der fünf Kontinente verbinden und gleichzeitig einen Lichtkreis um die Welt – als Zeichen der Verbundenheit aller Menschen – schicken.

Mir fiel dieses Werk sofort am Anfang meiner Arbeit als Rikschafahrer auf. Wie beeindruckend waren doch diese Riesensteine. Magisch fühlte ich mich dort hingezogen, ohne zu wissen warum.

Einige Jahre später saß dann ein Mann täglich und unermüdet unter einem Sonnensegel an der Steingruppe aus dem Himalaja. Dort schliff und polierte er mit einem Winkelschleifer die Steine, bis sie glatt waren wie ein Kinderpopo und in der Sonne glänzten. Ich besuchte ihn regelmäßig und lernte Wolfgang und seine Geschichte aus erster Hand kennen und lieben.

Mir genügte aber bereits die Energie dieser Steine um zu sehen, welche Hoffnung, Liebe, Ausdauer darin stecken und wie beispielhaft diese Arbeit für die Menschheit ist. Die Gespräche mit Wolfgang bestätigten den ersten Eindruck vollständig und so gehöre ich zum Stamm der Fans. Bei meinen Fahrten durch den Tiergarten ist dieses Projekt ein regelmäßiger Bestandteil dieser Reise und für mich und meine Gäste ein wunderbarer, spiritueller Moment in Berlin. Niemand fand die Zeit dort als zu lang oder gar langweilig. Im Gegenteil, manchmal verspeisten wir dort Petit Four aus den KaDeWe in der Abendsonne, welche eigentlich für später gedacht waren, während die Kinder und wir die Steine begriffen. Oder ich traf dort neue Menschen. Einmal wurde der Abschied zu einer Weltreise eines Freundes und Kollegen dort gefeiert.

So ist auch für mich dieser Ort ein heiliger Ort und ich bin sehr froh, dass sich dieser Platz genau in Berlin – unweit meiner Wohnung – befindet und ich dadurch und auch durch meine schöne Arbeit regelmäßig im Kontakt damit sein kann.

Sollten Sie sich auch dafür interessieren, können Sie auf der [Website vom Projekt](#) einiges darüber erfahren.

*Michael Hillebrand*

---

## Für die offene Gesellschaft

Zeit, was zu tun | #dafür. Sonst fliegt uns die Ganze ... um die Ohren!

[Für die offene Gesellschaft](#)

---

## Warum ein Junge bleibt

Sie treben, treiben, stehlen, fliehn  
Und wollen mit den Vögeln ziehn  
Verstecken sich in den Kellern unserer Nacht  
Die Mädels gleichen Hunden und  
Die Jungs manchmal ihren Kunden  
Auf der Platte haben sie sich festgemacht

Ein lebenslanges Suchen auf der Straße

Und im letzten Dreck  
Sie sind die Sonnenkinder ohne Licht  
Und engelsgleich und kummervoll  
Verfolgt von altem Elternroll  
Verbirgt der Hass ein jedes Kindgesicht

Warum ein Junge bleibt  
Warum er still steht  
Wenn's ihn weiter treibt  
Warum er Fahne zeigt  
Und von sich spricht

Warum ein Junge bleibt  
Auch wenn's ihn noch so sehr  
Nach draußen treibt  
Warum er bleibt  
Ich weiß es wirklich nicht

Vielleicht suchen sie eine Hand  
Kein Mutterglück, kein Vaterland  
Vielleicht nur einen Plan, eine Vision  
Ein echtes Wort und kein Gericht  
'ne Zunge, die nicht doppelt spricht  
Vielleicht 'ne Zukunft und kein Tagelohn

Vielleicht sind sie gar nicht so schlecht  
Und ihre Träume haben recht  
Und wollen nur wie wir einfach nach Haus  
Vielleicht ist unsre Angst so groß  
Ihre Armut wäre doch ein Floß  
Und sie trügen uns ins weite Meer hinaus

Ich habe dich von fern gesehn  
Deinen Palmenhut, dein Augenwehn  
Ich hörte deine Lieder in der Nacht  
Bin längst zu satt um dich zu still'n  
Zu taub um dir noch zuzuhörn  
Doch hast du mich um meinen Schlaf gebracht

Ich schmeiß es hin, ich heb es auf  
Ich nehm das Glück wieder in Kauf  
Dein Fernweh hat mir Leid gebracht  
Und wenn wir dann am Hafen stehn  
Und wieder nach der Insel sehn  
Dann hab ich uns ein Feuer angefacht

*Klaus Hoffmann*

---

# Mit Lärm und Gewalt

Aus der ganzen Bundesrepublik hat die rechtsextreme Partei AfD heute ihre Anhänger zur Demonstration angekartt, teilweise wurde den Leuten sogar Geld dafür bezahlt. Mein Eindruck war, dass es nicht mehr als 2.000 Demoteilnehmer waren, die Polizei spricht von 5.000. Aber auch dies wäre für eine bundesweite Demonstration nicht wirklich machtvoll.

Die Gegendemos waren mit über 25.000 Personen allerdings sehr beeindruckend. Auf beiden Seiten des Hauptbahnhofs, an und auf der Spree, auf dem Bertolt-Brecht-Platz, auf dem Pariser Platz, in der Ebertstraße, vor dem Reichstag und im gesamten östlichen Tiergarten waren Massen von Menschen, die mit Musik und Parolen lautstark gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen protestierten.

Während der Demo und der Kundgebung am Brandenburger Tor schirmte die Polizei die AfD massiv ab. Als einmal mehrere Leute die Absperrungen durchbrachen und auf den Platz rennen wollten, ging die Polizei mit Pferden dazwischen. An der Ebertstraße ging die Polizei mit Pfefferspray gegen Antifa-Demonstranten vor, obwohl sie noch mehrere hundert Meter von der Kundgebung entfernt war. Auch in der Luisenstraße wurden Protestierer mit Pfefferspray attackiert. Schon am Mittag schützten die einen einzelnen Mann, der mitten im Hauptbahnhof antisemitische Plakate hochhielt. Erst als Passanten die Polizei darauf aufmerksam machten, wurde diese aktiv - indem sie diejenigen wegschickten, die sich beschwert hatten.

Nach dem Ende der rechten Demo gingen die Teilnehmer zum Bahnhof Friedrichstraße. Den Weg dorthin hatte die Polizei freigehalten, im Bahnhof aber stießen immer wieder Antifaschisten und Rechtsextremisten aufeinander. Mehrere Mitglieder der „Identitären Bewegung“, der jungen Nazi-Prügelgarde, von der sich die AfD angeblich distanziert, trat besonders aggressiv auf, ebenso Mitglieder der „Jungen Alternative“. Als mehrmals Antifaschisten die Absperrungen durchbrachen, ging die Polizei mit äußerster Härte gegen diese vor. Sie nahm eine Reihe von Anti-AfD-Protestierern fest, zog sie teilweise äußerst brutal über den Bahnsteig.

Trotzdem war der Tag als politisches Statement insgesamt erfolgreich. Sehr viele Menschen haben den Rassisten gezeigt, dass sie in Berlin unerwünscht sind. Und was die Erfahrungen mit der Polizei betrifft, ist sie nicht wirklich überraschend: Schon seit Jahren zeigen viele der Beamten ganz offen, dass sie mit den Rechtsextremen sympathisieren und das hat sich auch heute wieder gezeigt.

Bis in den frühen Abend hinein wurde dann auf der Straße des 17. Juni gefeiert. Love Parade statt Hassparolen.



*Nach der #AfD-Demonstration kam es während der Abreise zu vereinzelt Auseinandersetzungen im Berliner Hauptbahnhof. Die Polizei setzte u. a. Pfefferspray und körperliche Gewalt ein, um Gegendemonstrierende gewaltsam abzurängen. #b2705 [pic.twitter.com/RJ0pd1mF6j](https://pic.twitter.com/RJ0pd1mF6j)*

*— Jüdisches Forum (@JFDA\_eV) May 27, 2018*

---

# Kein Abschluss unter dieser Nummer

Ich habe heute Post bekommen. Vom Arbeitsamt. Sie haben mir ein Stellenangebot zugeschickt, als Pressesprecher bei der AfD im Bundestag. Nicht für die ganze Partei, nur als Sprecher der Abgeordneten Verena Hartmann. Warum sie ausgerechnet darauf kommen, mir dieses Angebot zuzusenden weiß ich nicht. Habe ich dort einen solch guten Ruf? Da muss ich wohl mal drüber nachdenken.

Zumal Frau Hartmann eher zum radikalen Flügel der AfD gehört, also sozusagen noch rechter als rechtsextrem: Erst vor zwei Monaten wollte sie von der Bundesregierung wissen, ob die Zahl schwerbehinderter Kinder in Deutschland seit 2012 zugenommen hat. Offenbar glaubt die Frau, dass diese Menschen "Inzucht" betreiben und deswegen häufiger behinderte Kinder bekommen. Dabei lebt sie selber im tiefsten Sachsen. Da gibt es zwar wenig Flüchtlinge, dafür aber die meisten Neonazis des Bundeslands. Und meinem persönlichen Eindruck nach auch viele Inzuchttopfer. Was aber eher weniger mit Flüchtlingen zu tun hat, als mit den "engen Familienverhältnissen" in der Region, vor allem auf den Dörfern.

Ich werde mich auf diese Stelle wohl nicht bewerben. Nicht weil ich was gegen Inzucht hätte, jeder soll nach seiner Fassung glücklich werden. Aber ich befürchte, ich bin zu wenig tolerant, um für ihre Partei sprechen zu können.

Übrigens ist Verena Hartmann sehr realistisch, was z.B. ihre Chancen auf eine spätere Wiederwahl in den Bundestag betrifft. Das Arbeitsverhältnis ist auf drei Jahre begrenzt.

Sehr aufschlussreich ist auch der geforderte Bildungsabschluss. Ausdrücklich wird verlangt: "Kein Abschluss".

Man will ja auch nicht allzu intellektuell erscheinen.